

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön. - Die Anspielung auf diesen letzten Vorgang in unserem Parlament gibt mir Gelegenheit zu sagen: Ich habe dies aus Zurückhaltung nicht gerügt. Wir werden im Präsidium über die Frage solcher Vorgänge und wie wir sie behandeln wollen und auch im Zusammenhang mit der Erarbeitung unserer endgültigen Geschäftsordnung zu reden haben.

(Beifall)

Als nächster spricht für die Fraktion der CDU Dr. Wiczorek.

Abg. Dr. Wiczorek (CDU/DA):

Herr Vizepräsident! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir als CDU-Mitglied einen lieben Gast in diesem Hause zu begrüßen - Herrn Hans-Jochen Vogel, Parteivorsitzender der SPD in der Bundesrepublik. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Danke schön, daß Sie mir das abgenommen haben, ich wollte in keiner Weise Parteiinteressen aufkommen lassen und habe darauf verzichtet.

(Beifall)

Abg. Dr. Wiczorek:

Vielleicht klingt es von mir glaubwürdiger.

Meine Damen und Herren! Mit der Bildung eines Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung in einem hochindustrialisierten Staat im Herzen Europas, dessen Streitkräfte noch vor kurzem zu den exponiertesten Gruppierungen der beiden stärksten Militärkoalitionen der Gegenwart gehörten, wurde ein deutliches Signal in Richtung auf militärische Entspannung und Abrüstung, auf eine friedliche Welt ohne Kriegsgefahr und Kriegsfurcht gesetzt.

Es ist auch kein Zufall, sondern Absicht, ich möchte sagen: Programm, wenn die Reihenfolge im Namen dieses Ministeriums Abrüstung und Verteidigung lautet und nicht anders. Die erste Aufgabe dieses Ministeriums soll darin bestehen, die Nationale Volksarmee in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Wiener Verhandlungen und des KSZE-Prozesses zu reduzieren und in Ausrüstung, Ausbildung und Dislozierung streng defensiv auszurichten, wie das 1987 bereits eingeleitet wurde. Die Regierung der DDR hält es für erstrebenswert, ja für lebenswichtig, gerade für unser deutsches Volk, für die Menschen östlich und westlich von Elbe und Werra, daß die beiden Bündnisse, denen sie heute und wahrscheinlich noch geraume Zeit angehören, aus vorrangig militärisch geprägten zu vorwiegend politisch orientierten Koalitionen werden.

Nicht mehr die Angst voreinander, sondern das Vertrauen zueinander soll die Völker Europas erfüllen, wurzelnd in der Erkenntnis, daß Sicherheit nur noch gemeinsam zu erlangen ist durch das ehrliche Aufdecken und Beseitigen der gegenseitigen Bedrohungen und das beiderseitige Herunterrüsten angriffsfähiger Militärpotentiale.

Das ist besonders dringlich in einer Zeit, in der die Ergebnisse der friedlichen Revolution in der DDR, das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten mit den Sicherheitsbedürfnissen nicht nur der Deutschen in Ost und West, sondern aller europäischen Nachbarn in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Die Völker der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, der Beneluxstaaten und Skandinaviens haben ein vitales Interesse daran, daß hier im Zentrum Europas keine Destabilisierung erfolgt. Weil diese Staaten zwei bisher konträren Militärpakten angehören, deren Gleichgewicht und deren Beziehung zu Stabilität und Sicherheit beitragen, muß das Aufeinan-

derzugehen der deutschen Staaten so erfolgen, daß diese Stabilität nicht aus den Fugen gerät.

Darum darf es zwischen Elbe und Oder weder NATO-Truppen noch Bundeswehrsoldaten geben.

(Beifall vorwiegend bei SPD)

Im Gegenteil! Solange die beiden Bündnisse mit militärischen Kapazitäten bestehen, solange die Staaten um uns herum Armeen unterhalten, solange wird auch unsere NVA ihre Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, ihren Auftrag zum äußeren Schutz und exakt bestimmte Bündnispflichten zu erfüllen haben. Allerdings wird sie mehr und mehr fest eingebunden im europäischen Abrüstungsprozeß ganz spezifische Beiträge zur Vertrauensbildung, zur Kontrolle von Abrüstungsschritten und Truppenbewegungen zu leisten haben. Durch eigene konsequente Schritte zur Reduzierung des Personals und der Rüstungen, durch Offenlegung der Strukturen und der Bewaffnung, durch vielfältige Zusammenarbeit mit anderen Armeen beider Bündnisse und neutraler Staaten können und sollten beide deutschen Armeen darauf hinarbeiten, Vorurteile und alte Feindbilder abzubauen.

Aber auch aus der Sicht der Gefahren, die allein schon von hochexplosiven Waffen hervorgerufen werden, sehe ich in der Abrüstung und Konversion eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung, ja der gesamten Regierungspolitik.

Zu bedenken haben wir dabei: Die Abrüstung muß durch eine gediegene und friedensfördernde Art und Weise gestaltet werden. Sie kann nicht ohne die im militärischen Bereich tätigen Menschen erfolgen.

Abrüstung und Konversion - das lehren die Erfahrungen - sind mit nicht geringen Kosten verbunden. Abrüstung heißt auch, zahlreiche soziale Fragen zu lösen und zwar als Anliegen der Gesellschaft.

(Zeichen zum Einhalten der Redezeit.)

Es wird jetzt etwas schwierig für mich, weil ich Ihnen erstmals vor diesem Hohen Haus auch mal einige Zahlen zur Stärkung der Nationalen Volksarmee bekanntgeben würde, um das auch für Sie alle, für uns alle durchschaubar zu machen, aber wenn die Zeit vorbei ist, nur soviel:

Reduzierung der Streitkräfte und Abrüstung sind also nicht zum Nulltarif zu haben. Personelle, finanzielle und materielle Konsequenzen sind zu bedenken, realistische Zeiträume abzumessen. Es geht bitte in der NVA gegenwärtig um 3 130 Technikarten. Dahinter stecken Beschaffungskosten von ca. 86 Milliarden Mark.

Sehr belastet ist die NVA durch die Übernahme von Schützenpanzern, Schützenwaffen und Munition aus dem ehemaligen Amt für Nationale Verteidigung und von den Grenztruppen. In meinem Verständnis reicht heute das Umschmieden der Schwerter zu Flugscharen allein nicht mehr aus. Es gilt, daß die Männer und auch die Frauen, die das Schwert führten, wieder pflügen lernen, und es gilt, mit ihnen zusammen den Acker zu bebauen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Als letzter spricht als Vertreter der SPD-Fraktion der Abgeordnete Missewitz.

Abg. Dr. Missewitz (SPD):

Herr Präsident! Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die letzte Gelegenheit hier nutzen, Herrn Kollegen Höpcke das Bedauern der Fraktion über die Verwechslung von